



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

50. Sitzung (öffentlich)

23. April 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeit in Staatsangehörig-
keitssachen** **5**

Vorlage 14/1729

Der Ausschuss nimmt die **Vorlage zur Kenntnis.**

- 2 Gesetz über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen
mit den Europawahlen** **6**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6512

– Festlegung des Beratungsverfahrens

Der Ausschuss erklärt sich mit dem vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Beratungsverfahren einverstanden und

beschließt eine öffentliche Anhörung zu dem Thema für
Mittwoch, 28. Mai 2008.

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Nachtragshaushaltsgesetz 2008) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6470

– Verfahrensabsprache

Ohne Beratung verständigt sich der Ausschuss auf eine Sondersitzung am 6. Mai 2008 um 13 Uhr zur Abgabe eines Votums zu dem Gesetzentwurf an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss.

4 Sachstand zum ifo-Gutachten 8

– Bericht der Landesregierung

Nach kurzer Aussprache erwartet der Ausschuss das Gutachten noch vor der Sommerpause.

5 Reaktion der Bezirksregierung auf das von der haushaltssicherungskonzeptfreien Stadt Aachen vorgesehene beitragsfreie erste Kindergartenjahr 10

– Bericht der Landesregierung

– Bericht von MDgt Johannes Winkel (IM) 10

– Diskussion 11

Der Ausschuss erwartet hierzu einen schriftlichen Bericht, nachdem die Entscheidung der Bezirksregierung Köln bezüglich dieses Themas vorliegt.

6 Sachstand der Bearbeitung des Erziehungsgeldes 16

Ausschussprotokoll 14/629

– Bericht der Landesregierung

– Bericht von PStS Manfred Palmen (IM) 16

7 Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes 17Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5017
Ausschussprotokoll 14/624In Verbindung mit:**Eine kostenlose Mahlzeit an Schulen und in
Betreuungseinrichtungen darf nicht zu Kürzungen des
Lebensunterhalts führen**Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5018– Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den
federführenden Ausschuss für Schule und WeiterbildungDa die Ergebnisse der Anhörung noch nicht vorliegen,
verständigt sich der Ausschuss ohne Aussprache darauf,
kein Votum abzugeben.**8 Landesregierung muss den Bedarf an U3-Plätzen uneingeschränkt fördern! 18**Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6317
Vorlage 14/1716– Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den
federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und IntegrationDer Ausschuss beschließt ohne Debatte einvernehmlich,
kein Votum an den federführenden Ausschuss für
Generationen, Familie und Integration abzugeben.

Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform
50. Sitzung (öffentlich)

23.04.2008
rß-hoe

Nächste Sitzung:

Dienstag, 6. Mai 2008, 13 Uhr
(Sondersitzung zur Abschlussberatung des
Nachtragshaushaltsgesetzes 2008)

18

* * *